

Kantone

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **47 (2000)**

Heft 4

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



AARGAU

Zivilschutz leistet Hochwasser-Prävention

Vier Abfüllanlagen: Sandsäcke auf Vorrat

«Kluger Rat – Notvorrat» lautet ein geflügeltes Wort. Im Kanton Aargau werden aber nicht Zucker und Reis gehortet, sondern abgefüllte Sandsäcke. Vom Kanton wurden vier Sandsackabfüllanlagen erworben und sofort von extra ausgebildeten Zivilschützern in Betrieb genommen.

EDUARD REINMANN

Der Kanton Aargau ist ein Wasserkanton. Aus etwa drei Vierteln der Schweiz erhält er Zuflüsse. Entsprechend gross ist auch die Hochwassergefährdung. Seit 1994 nahmen mindestens zehn Hochwasserereignisse derartige Dimensionen an, dass der kantonale Führungsstab zum Einsatz gelangte. «Mehrere Male wurden Höchstwerte erreicht, die riesige Schäden verursachten», sagte Urs Egloff von der Abteilung Landschaft und Gewässer. Gesamtschweizerisch bilanzierte er die Hochwasserschäden seit 1971 mit rund sieben Milliarden Franken. Allen Erfahrungen, Warnungen und Prognosen zum Trotz bergen Hochwasserereignisse immer ein Überraschungspotential. «In kritischen Lagen sind Sandsäcke ein gutes Mittel zur Bekämpfung einer Notlage», erklärte Egloff. «Sie sind rasch und flexibel einsetzbar.»

Aargau setzt auf Eigenregie

Bisher wurde der Sandsackbedarf immer mit den Sandsackabfüllanlagen der Rettungstruppen der Armee sichergestellt. «Das ist wegen des grossen Einsatzbereichs eine unsichere Sache», erklärte René Müller, Chef Sektion Katastrophenvorsorge in der Abteilung Zivile Verteidigung. Handlungsbedarf war angesagt. Die Regierung verstand den Wink und bewilligte einen Kredit von 87 000 Franken für die Beschaffung von vier Sandsackabfüllanlagen und 10 000 leeren Säcken. Allerdings blieb der Kanton nicht auf den Kosten sitzen. Vielmehr erklärte sich die Gebäudeversicherung zur Finanzierung bereit. Sie setzt

te richtigerweise den Kostenaufwand in Relation zur Schadenverhütung. «Wir haben eine gute Investition getätigt», betonte auch Martin Vögeli, Chef des Kantonalen Führungsstabes.

Sackdepots in den Gemeinden

Für die Abfüllanlagen, die immer paarweise eingesetzt werden, wurden Aarau und Wohlen bestimmt. Mit einer Anlage schafft man unter realistischen Umständen rund 500 Säcke pro Stunde. In Aarau, Wohlen, Othmarsingen und Frick wurden zudem Sandsackdepots mit insgesamt 6000 gefüllten Sandsäcken angelegt. Die Sandsäcke in den Depots sollen sicherstellen, dass bei Bedarf sofort volle Sandsäcke abgegeben werden können. Dieser Vorräte sollten genügen, um die Frist von maximal

zwei Stunden zu überbrücken, bis mit den Abfüllanlagen produziert werden kann. Ein Angebot ging an die Gemeinden. 45 Gemeinden bestellten daraufhin 3490 leere und 4860 gefüllte Sandsäcke. Interessantes Detail am Rande: Die Säcke werden mit feinkörnigem Glassand abgefüllt, der um einiges kostengünstiger ist als gewaschener Sand. Und es wird erst noch ein Recycling-Beitrag geleistet.

Sandsack-Detachemente

Um den Personalbedarf sicherzustellen, wurden aus Zivilschützern von Aarau sowie Wohlen und umliegenden Gemeinden Sandsack-Detachemente gebildet. «Es handelt sich hier um regionale Projekte», erklärte Niklaus Seiler, Chef ZSO ad interim der ZSO Aarau, bei der die Fäden für

Eine leistungsfähige Sandsackabfüllanlage ist zum Preis eines Kleinwagens erhältlich.

Die Bereitstellung von Sandsäcken ist «Fließbandarbeit». Hier werden die gefüllten Sandsäcke zugenäht.



FOTOS: E. REINMANN



Aarau zusammenlaufen. «Die Leute sind bereits ausgebildet und die Alarmorganisation steht.» Klar geregelt sind auch die Kompetenzen. Bedarfsmeldungen für Sandsäcke laufen immer über die Abteilung Zivile Verteidigung oder die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und von dort zur kantonalen Katastrophenorganisation. Diese ist für alle Massnahmen bis auf Stufe Abfüllung zuständig und gewährleistet auch den Nachschub.

Für die Bedienung einer Abfüllanlage mit allem Drum und Dran werden zwölf Mann benötigt. Im dreischichtigen 24-Stundenbetrieb sind das somit 36 Leute, die in diesem Zeitrahmen mindestens 12 000 Sandsäcke abfüllen, zunähen und transportfertig aufbereiten können.

Die Anlagen wurden über die Armee (Gruppe Rüstung) beschafft. Es sind die gleichen Anlagen wie sie von der Armee benutzt werden. Ein gegenseitiger Austausch ist somit möglich. ▀



LUZERN

Sonnenbergtunnel: Von 17 000 auf 2000 Schutzplätze zurückgestuft

Der Grossschutzraum hat ausgedient

Die seit zehn Jahren grundlegend veränderte Bedrohungslage, die angespannte Finanzlage von Stadt und Kanton Luzern sowie die stete bange Frage nach der Funktionstauglichkeit im Notfall haben dazu geführt, dass die grösste Schweizer Zivilschutzanlage, der Sonnenbergtunnel, nicht mehr weiterbetrieben wird. Die Kaverne in der Tunnelmitte wird jedoch als Schutzraum für 2000 Personen beibehalten.

EDUARD REINMANN

Der Entscheid lag schon seit geraumer Zeit in der Luft. Die im Jahr 1976 in Betrieb genommene Anlage verschlang jährlich gut und gerne 250 000 Franken an Unterhaltskosten. Mittlerweile wären auch umfangreiche Sanierungsarbeiten in der Grössenordnung von rund 10 Millionen Franken fällig geworden. Und niemand wusste, ob die mächtigen Panzertore im Notfall funktionieren würden. Einen neuerlichen Test wie die verunglückte «Übung Ameise» im Jahr 1987 wollte jedoch niemand wagen. Der Zeitpunkt war gekommen, um unvoreingenommen über die Bücher zu gehen. Vor etwas mehr als Jahresfrist wurde deshalb eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Hermann Suter, Vorsteher des Kantonalen Amtes für Zivilschutz, eingesetzt, welche den Auftrag hatte, in Zusammenarbeit mit Bundesstellen sowie kantonalen und städtischen Instanzen eine Umnutzung der Zivilschutzanlage Sonnenberg zu überprüfen. Resultat: Auf eine Weiternutzung der beiden Tunnelröhren der A2 als Schutzraum wird verzichtet. Die Kaverne in der Tunnelmitte

mit Notspital, Kommandoraum und technischen Anlagen wird in einen Schutzraum für 2000 Personen umgebaut. Es wird dafür mit Kosten von 1,8 Millionen Franken gerechnet. Die Finanzierung erfolgt aus Ersatzabgaben für nicht gebaute Schutzplätze. Für die jährlich wiederkehrenden Unterhaltskosten rechnet man mit 15 000 Franken pro Jahr.

Schutzplatzdefizit verkraftbar

«Mit dem Neukonzept verlieren wir nicht 17 000 Schutzplätze, sondern wir gewinnen 2000 topmoderne Plätze hinzu», sagte Bruno Zeyer, Chef ZSO der Stadt Luzern. Gewiss, für einige Zeit wird die Stadt Luzern mit einem Schutzplatzdefizit leben müssen. Das ist indessen nicht dramatisch. Der Atomkrieg ist in weite Ferne gerückt, im Vordergrund stehen technische und naturbedingte Katastrophen, bei deren Eintreten ein dezentrales Schutzraumkonzept von Vorteil ist. Man muss auch wissen, dass die Bevölkerung der Stadt Luzern in den letzten 20 Jahren um 10 Prozent auf noch 56 500 Personen abgenommen hat. Der Schutzplatzbedarf verringerte sich damit sozusagen «von selbst». Mit der umgebauten Sonnenberg-Kaverne wird die Stadt über 34 098 Schutzplätze A verfügen. Es ist jedoch beabsichtigt, laufend ältere B-Schutzräume nachzurüsten, was einen relativ geringen Finanzaufwand erfordert. ■



FOTO: REI.

Der Luzerner Stadtpräsident Urs W. Studer:
«Wir haben eine einvernehmliche Lösung gefunden.»



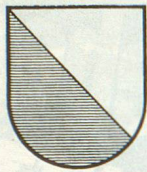
Gelesen, gehört, notiert

In der «Neuen Luzerner Zeitung» schrieb Arno Renggli: «Es ist leicht, aus heutiger Sicht die ebenso kosten- wie pannenreiche Geschichte der Sonnenberganlage als grössenwahnsinnigen Irrtum zu interpretieren. Man darf aber nicht ausser acht lassen, wie in den siebziger Jahren noch Szenarien realistisch erschienen, die uns ein Jahrzehnt nach Beendigung des Kalten Krieges kühl lassen. Es waren diese Szenarien und die dazugehörigen Konzepte des Bevölkerungsschutzes, die das Sonnenbergmonstrum hervorbrachten.»

Im «Blick» schrieb Niklaus Wächter: «Von der Grössenordnung her war das ein Wahnsinnsprojekt...» Mit dieser Aussage wäre wohl jedermann einverstanden, wenn die Zahlen im «Blick» stimmen würden. Das Boulevard-Blatt schrieb nämlich konsequent von 170 000 Personen, die im Falle eines Falles im Sonnenbergtunnel hätten Schutz finden sollen. Eine Null mehr macht sich eben besser.

Die Luzerner Regierungsrätin Margrit Fischer vermutete, der Schutzraum Sonnenberg könnte der grösste in Europa sein. Irrtum: In der ungarischen Hauptstadt Budapest wurden in der Metro Schutzräume für 220 000 Menschen errichtet. Sie sind in zwölf Sektoren gegliedert, von denen jeder mit modernen technischen Anlagen ausgestattet ist, und die Abschlusstore gleiten wie auf Butter.

In der «Neuen Zürcher Zeitung» wird erinnert: «Massgeblichen Anteil an der Realisierung der Idee hatte der damalige Luzerner Stadtpräsident und Nationalrat Hans Rudolf Meyer. Hingegen entschied sich der Stadtluzerner Souverän 1969 nur relativ knapp, mit 4739 Ja gegen 4227 Nein, für die Anlage, die von ihrer Grösse her immer ein Sonderfall war.»



ZÜRICH

Zürcher Kantonalverband der Chefs ZSO

Der Verband braucht neue Impulse

Der Aufmarsch zur 16. Generalversammlung des Zürcher Kantonalverbandes der Chefs ZSO hielt sich in Grenzen. Diese Erscheinung ist nicht neu. Für den vor zwei Jahren gewählten Präsidenten Bruno Herrmann und sein Vorstandsteam war sie jedoch ein Signal, die Wünsche der Verbandsmitglieder zu hinterfragen.

EDUARD REINMANN

Allen Mitgliedern wurde ein Fragebogen zugestellt, um die Stossrichtung künftigen Handelns in Erfahrung zu bringen. Das Ergebnis war ernüchternd. Nur gerade die Hälfte der Befragten nahm Stellung. Von den Antwortenden sprachen sich 56 Prozent für einen Zusammenschluss mit anderen gleich gerichteten Verbänden aus, 25 Prozent waren für Auflösung des Kantonalverbandes. «Vielen Mitgliedern ist es egal, was geschieht», bilanzierte Bruno Herrmann. «Es muss ein neuer Wind in den Verband kommen.» Der Vorstand wird nun Gespräche mit anderen Verbänden führen und alle Optionen prüfen. An der Generalversammlung 2001 will er den Mitgliedern einen abstimmungsreifen Antrag unterbreiten.

Bedenkenswerte Worte richtete das zurückgetretene Vorstandsmitglied Jacques Bernet an die Versammlung. In seiner Retrospektive auf 26 Jahre Engagement im Zivilschutz sagte er: «Der Zivilschutz hat

Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer an der 16. Generalversammlung des Zürcher Kantonalverbandes der Chefs ZSO.



FOTOS: R. REINMANN

seine Ziele weitgehend erreicht. Heute heisst es, vorwärts zu schauen und die aktuellen Aufgaben des Bevölkerungsschutzes gemeinsam mit den Behörden und allen Partnern anzupacken.» Es gebe bei der Umsetzung neuer Strategien in einem sich rasch ändernden Umfeld viel aus der Vergangenheit mitzunehmen, führte Bernet aus. So müssten Ziele klar definiert, verfolgt und umgesetzt werden. Es gelte, die Stärken und Dienstleistungen des Zivil- und Bevölkerungsschutzes aktiv zu vertreten und einzusetzen. Diese müssten attraktiv, zeitgemäss und mit Stärke kommuniziert und verkauft werden. Zudem müssten die Exponenten zu allem, was getan werde, ehrlich und engagiert nach innen und aussen stehen. Bernet betonte: «Man konnte und man kann auch in Zukunft, wenn man will.»

Vorstand bestätigt

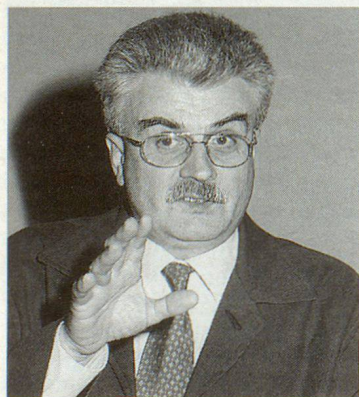
Der restliche Vorstand mit Präsident Bruno Herrmann sowie den Mitgliedern Xaver Schnüriger, Bernhard Aebischer, Franz Freuler, Lorenz Huser und Hans Gassmann wurde für weitere zwei Jahre bestätigt.

In seinem Jahresbericht erinnerte Herrmann an die 15. Generalversammlung vor Jahresfrist, an der Juan F. Gut klar Stellung genommen hatte zur künftigen Ausrichtung des Bevölkerungsschutzes. Herrmann: «Jetzt wussten wir endlich, was in

nächster Zeit geschehen würde.» Ein Highlight war der Besuch der Veranstaltung «Winghorse» in Winterthur. An dieser Übung wurde die Zusammenarbeit aller Rettungskräfte wie Lufttransporttruppen, Rettungstruppen, Stadtführungsstaab, Stadtpolizei, Feuerwehr, Zivilschutz und Rettungsdienst des Kantonsspitals Winterthur erfolgreich trainiert. Im Herbst wurde ein Off-Road-Training in Rafz durchgeführt. In Anbetracht der unklaren Lage in Sachen Zivil- und Bevölkerungsschutz bei der Vorbereitung des Jahresprogramms habe der Vorstand auf die Organisation weiterer Anlässe verzichtet.

Von allem ein bisschen zuviel

«Unter dem Dach des neuen Bevölkerungsschutzes haben wir von allem ein bisschen zuviel», sagte Christoph Flury, Mitglied des Kernteams Bevölkerungsschutz, das die Inputs der über hundert Leute moderiert, die in der Projektorganisation mitwirken. Ziel sei ein quantitativer Abbau und ein qualitativer Ausbau. Das Projekt «Bevölkerungsschutz» sei jetzt in die Phase der politischen Grundlagen gekommen. Laut Flury sind die Eckwerte nun exakt definiert und «abgesegnet» und gelten als Leitbild für die Kantone. Dem Zivilschutz misst Flury einen hohen Stellenwert bei. Zwar sei er nicht Ersteinsetzungselement, aber er verfüge über die Mittel zur Unterstützung in allen Bereichen des Bevölkerungsschutzes bis hinauf zur Führung. Der Referent differenzierte dabei zwischen den Kernaufgaben und den Zusatzaufgaben des Zivilschutzes. In bezug auf die Zusammenarbeit von Feuerwehr und Zivilschutz stellte Flury klar: «Es braucht beide Mittel.» Das Kernteam befasse sich auch sehr ernsthaft mit Fragen der Vorwarnzeit und der Aufwuchsfähigkeit. Ob Flurys Ausführungen auf fruchtbaren Boden fielen? Ein Mitglied sagte im Gespräch mit unserer Zeitschrift etwas skeptisch: «Ich habe schon mindestens ein Dutzend Mal Referate zum Thema gehört und jedesmal tönnte es anders.»



Bruno Herrmann:
«Das Sprachrohr der Chefs ZSO darf nicht untergehen.»



Christoph Flury:
«Der Zivilschutz ist ein unverzichtbares Unterstützungselement.»